



Mainzer Erklärung

Wachstum

„Made in Germany“

Beschluss des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands
Berlin, 19. Januar 2026

Mainzer Erklärung

Wachstum „Made in Germany“

Deutschland ist eine starke Volkswirtschaft, die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt. „Made in Germany“ ist weltweit gefragt. Deutsche Produkte stehen für erstklassige Qualität und Zuverlässigkeit. Das ist der Erfolg von mehr als drei Millionen Unternehmen und Betrieben in Deutschland, die zu 99 Prozent dem Mittelstand angehören. In ihnen erbringen täglich Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Spitzenleistungen. Gemeinsam erwirtschaften sie den Wohlstand, von dem wir alle leben. Mittelstand und Familienunternehmen, Hidden Champions und Handwerk, Land- und Forstwirtschaft, Selbständige und freie Berufe, innovative Gründer und weltweit erfolgreiche Industrie- und Dienstleistungsunternehmen – darauf können wir setzen, auch in schwieriger Zeit.

Alle Daten zeigen: Unserer Volkswirtschaft geht es nicht gut. Sie leidet schon länger – nicht an einer konjunkturellen Krise, sondern an einer strukturellen Schwäche, die Wachstum bremst und die Wettbewerbsfähigkeit gefährdet. Die deutsche Wirtschaft ist längst nicht mehr Technologieführer in allen für unseren Wohlstand zentralen Sektoren. Auch 2025 dürfte das BIP allenfalls minimal gewachsen sein. Damit drohen das dritte Jahr in Folge Stagnation und Stillstand. Unser Mittelstand ist qualitativ wettbewerbsfähig, aber nicht mehr preislich. Die Probleme sind bekannt: hohe Steuern und immer weiter steigende Sozialabgaben, fehlende Fach- und Arbeitskräfte, überbordende Bürokratie und Regulierung, nicht wettbewerbsfähige Energiekosten belasten besonders den Mittelstand, das Rückgrat unserer Wirtschaft. Hinzu kommt eine öffentliche Verwaltung, die ein Update braucht. Vor diesem Hintergrund müssen wir uns ehrlich machen: Es braucht eine politische Kraftanstrengung, um diese Probleme zu meistern und Deutschland wieder auf Wachstumskurs zu bringen. Wir müssen die Bedingungen für unseren Standort verbessern. Wir müssen in die Zukunft investieren. Aus Wirtschaft muss wieder Wachstum werden – für eine starke Soziale Marktwirtschaft und den Erhalt unserer Arbeitsplätze!

Die CDU-geführte Bundesregierung hat die Probleme erkannt und schnell gehandelt. Sie hat in den ersten acht Monaten bereits wichtige Entscheidungen getroffen: Mit dem steuerlichen Investitionssofortprogramm ist die größte Unternehmenssteuersenkung der vergangenen 15 Jahre auf den Weg gebracht worden. Bei den Energiekosten gibt es Milliarden-Entlastungen. Mit der Modernisierungsagenda hat der umfassende Bürokratierückbau begonnen. Auch der Staat soll rasch agiler werden. Das Bürgergeld ist Vergangenheit – damit kehren wir zum richtigen Prinzip von Fördern und Fordern zurück. Mit der Aktivrente eröffnen sich neue Möglichkeiten für freiwilliges Arbeiten über das gesetzliche Renteneintrittsalter hinaus. Die Botschaft: Leistung lohnt sich wieder!

Das sind wichtige Entscheidungen gewesen. Und es sind unsere Kernforderungen, die von der CDU-geführten Bundesregierung umgesetzt werden. Sie bringen unser Land und unsere Wirtschaft auf den Weg der Besserung. Aber das kann nur ein Anfang sein. Denn die Wirtschaft ist noch immer nicht so leistungsfähig, wie sie es sein könnte. Wir wissen: Wenn wir unseren Wohlstand bewahren wollen, wenn wir ein führendes Industrieland bleiben wollen, dann müssen wir diesen Weg in diesem Jahr konsequent weitergehen. Es muss mehr denn je gelten: Vorrang hat alles, was Wachstum schafft und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft stärkt. Unser Ziel ist es, das Potenzialwachstum wieder auf deutlich über ein Prozent zu erhöhen. Dabei setzen wir auf ordnungspolitische Gestaltung der Rahmenbedingungen, die allen Unternehmen unserer mittelständisch geprägten Volkswirtschaft helfen.

Für die CDU ist klar: Wirtschaftswachstum ist die Grundlage für alles – für Freiheit und Frieden, für innere, äußere und soziale Sicherheit, für Zusammenhalt, für Klimaschutz, für Stabilität und Zuversicht. Es gibt keinen Grund, den Wirtschaftsstandort abzuschreiben. Aber es gibt viele Gründe, an ihn und seine Zukunft zu glauben. Wenn wir an die deutsche Wirtschaft glauben, an die Industrie, die Sozialpartner, den Mittelstand, die Familienunternehmen, das Handwerk und die Beschäftigten, dann glauben wir an uns. An unser Land.

Wachstum „Made in Germany“ – mit niedrigeren Steuern für Unternehmen und Betriebe!

Deutschland muss wieder zu einem attraktiven Standort für Investitionen und Innovationen werden. Dazu muss vor allem die im internationalen Vergleich hohe Steuerbelastung für Unternehmen reduziert werden. Denn Weltspitze bei der Steuerbelastung und Weltspitze bei der Wettbewerbsfähigkeit passen auf Dauer nicht zusammen.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat als eine der ersten Handlungen ein **steuerliches Investitionssofortprogramm** beschlossen:

- Für Investitionen, die ab dem 1. Juli 2025 und vor dem 1. Januar 2028 getätigt werden, gilt eine **degressive Abschreibung** von bis zu 30 Prozent.
- Ab 2028 sinkt der **Körperschaftsteuersatz** in fünf Jahresschritten von 15 auf 10 Prozent.
- Parallel sinkt auch der **Thesaurierungssteuersatz** für die im Unternehmen eingehaltenen Gewinne schrittweise auf 25 Prozent.
- Zudem ist die **Agrardieselrückvergütung** wieder vollständig eingeführt. So entlasten wir unsere landwirtschaftlichen Betriebe. Und auch die Gastronomie wird mit der **reduzierten Umsatzsteuer auf Speisen** entlastet.

Unser Ziel ist, **Unternehmen weitergehend zu entlasten**. Dies wollen wir unter Berücksichtigung der Haushaltssituation von Bund, Ländern und Kommunen umsetzen:

- Sofern es die Haushaltssituation von Bund und Ländern zulässt, wollen wir die beschlossene stufenweise Reduzierung der **Körperschaftsteuer** vorziehen.
- Wir wollen die **Gewerbesteuer** vereinfachen, indem wir Hinzurechnungen und Kürzungen abschaffen und die Bemessungsgrundlagen der Gewerbesteuer und der Einkommen- und Körperschaftsteuer vereinheitlichen.
- Die letzte Erhöhung der **Luftverkehrsteuer** wird wieder zurückgenommen. Damit wird Fliegen wieder günstiger und der Luftverkehrsstandort Deutschland gestärkt.

- Wir wollen das Steuerrecht spürbar vereinfachen. Wir setzen uns bspw. dafür ein, **Gold-Plating von EU-Vorgaben** in diesem Bereich zurückzuführen.
- Die CDU-geführte Bundesregierung muss schnellstmöglich ihren Prüfauftrag umsetzen, ob und wie ab 2027 die **gewerblichen Einkünfte neu gegründeter Unternehmen** unabhängig von ihrer Rechtsform in den Geltungsbereich der Körperschaftsteuer fallen können.
- Wir wollen, dass die Fortführung von Familienunternehmen nicht durch Substanzsteuern gefährdet wird. Für Familienunternehmen besteht mit Blick auf die **Erbschaftsteuer** die Gefahr der übermäßigen Substanzbesteuerung, die die Wettbewerbsfähigkeit der Familienunternehmen beschädigen würde.
- Wir wollen eine **steuerbefreite Risikoausgleichsrücklage** für potenziell von Klima- und Umweltschäden betroffene Betriebe in der Land- und Forstwirtschaft einführen.

Wachstum „Made in Germany“ – mit besseren Anreizen für Leistung und Arbeitsaufnahme!

Deutschland muss wieder zu einem attraktiven Arbeitsort für inländische und ausländische Fachkräfte werden. Den Wettbewerb um die klügsten Köpfe der Welt gewinnen wir nur, wenn sich Leistung mehr als bisher auszahlt. Wir wollen daher diejenigen entlasten, die jeden Tag Leistung erbringen und so den Laden am Laufen halten. Und wir wollen Anreize setzen, damit sich das Arbeiten lohnt.

Dazu hat die CDU-geführte Bundesregierung bereits einige Maßnahmen umgesetzt:

- Seit 1. Januar 2026 gibt es die **Aktivrente**. Wer das gesetzliche Rentenalter erreicht und freiwillig sozialversicherungspflichtig arbeitet, erhält sein Gehalt bis zu 2.000 Euro im Monat steuerfrei – zusätzlich zum Grundfreibetrag.
- Die **Entfernungspauschale** wurde auf 38 Cent ab dem ersten Kilometer erhöht. So stärken wir Pendlerinnen und Pendler und damit vor allem unsere Leistungsträger im ländlichen Raum.

- Die **Ehrenamts- und die Übungsleiterpauschale** wurden deutlich erhöht. Damit stärken wir alle, die ehrenamtlich tätig sind.
- Die Landwirte bekommen mehr Unterstützung: Ab 2026 dürfen ausländische **Erntehelfer** 90 statt 70 Tage sozialversicherungsfrei in Deutschland arbeiten.

Unser Ziel ist, **weitere Entlastungen und Arbeitsanreize** umzusetzen:

- Wir wollen die **Einkommensteuer für kleine und mittlere Einkommen zur Mitte der Legislaturperiode** senken und so die Bürger entlasten.
- Wir wollen den **Abbau der kalten Progression** in der Einkommensteuer auch in den kommenden Jahren fortsetzen. Wir streben an, dass diese Berücksichtigung der Inflation zu Gunsten der Steuerzahler künftig im Rahmen eines „Tarifs auf Rädern“ erfolgt.
- Wir wollen **Überstundenzuschläge** steuerfrei stellen.
- Die **Neue Grundsicherung** für Arbeitsuchende ersetzt das Bürgergeld. Damit gilt wieder das richtige Prinzip von Fördern und Fordern. Wer seinen Mitwirkungspflichten bei der Jobsuche nicht nachkommt, muss mit Konsequenzen bis zur vollständigen Streichung der Leistungen rechnen. Die Bekämpfung des Sozialstaatsmissbrauchs wird intensiviert. Es gilt klarzustellen, wer aus dem EU-Ausland tatsächlich als Arbeitnehmer gilt.
- Wir wollen die **Hinzuverdienstregeln für Empfänger von steuerfinanzierten Sozialleistungen** verbessern, damit sich die Arbeitsaufnahme und Mehrarbeit auch spürbar mehr lohnen.
- Mit der **Work-and-Stay-Agentur zur Fachkräfteeinwanderung** wollen wir die Anwerbung von Fachkräften vereinfachen.
- Unser Ziel bleibt weiterhin, den **Solidaritätszuschlag** vollständig abzuschaffen.

Wachstum „Made in Germany“ – mit niedrigeren Lohnzusatzkosten und mehr Flexibilität im Arbeitsmarkt!

Was für Steuern gilt, gilt umso mehr für Sozialversicherungsbeiträge. Weltspitze bei den Arbeitskosten und Weltspitze bei der Wettbewerbsfähigkeit passen auf

Dauer nicht zusammen. Die Lohnzusatzkosten müssen daher auf ein wettbewerbsfähiges Niveau reduziert werden. Und wir brauchen mehr Flexibilität im Arbeitsmarkt. So wird Deutschland für Fachkräfte und Unternehmen attraktiver. Die CDU-geführte Bundesregierung hat bereits **Kommissionen** eingesetzt, um die Sozialversicherungen zukunftsorientiert zu machen:

- Die Rentenkommission ist eingesetzt und erarbeitet bis Ende des ersten Halbjahres 2026 Vorschläge für Reformen in der **Alterssicherung**.
- Die „FinanzKommission Gesundheit“ erarbeitet bereits bis Ende März 2026 erste Vorschläge zur Stabilisierung der Beiträge zur **Gesetzlichen Krankenversicherung**. Bis Ende 2026 wird sie ihren Abschlussbericht vorlegen.
- Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Zukunftspakt Pflege“ hat bereits ihre Vorschläge für Reformen in der **Sozialen Pflegeversicherung** vorgelegt. Gesetzgeberische Schritte werden jetzt folgen. Ziel muss es sein, zu einer wirklich nachhaltigen, kostensenkenden Finanzierung zu kommen.

Unser Ziel ist, **Reformen der Sozialversicherungen schnellstmöglich umzusetzen** und mehr Dynamik am Arbeitsmarkt zu entfesseln:

- Oberstes Ziel der Kommissionen muss es sein, Vorschläge auszuarbeiten, wie die **Sozialversicherungsbeiträge stabilisiert werden können**.
- Die **Rentenkommission** soll bis Ende Juni 2026 wirksame Vorschläge zur Stabilisierung des Rentensystems machen. Dabei ist für uns wichtig, dass auch Vorschläge zur Reduzierung von Anreizen zum frühen Renteneintritt vorgelegt werden.
- Der Zwischenbericht der „FinanzKommission Gesundheit“ zur **Gesetzlichen Krankenversicherung** wird Grundlage für die Gesetzgebung in diesem Jahr sein. Im Vordergrund sollen Effizienzgewinne auf der Ausgabenseite stehen, die alle Bereiche umfassen. Die Kostendynamik der letzten Jahre werden wir durchbrechen. Es darf keine Tabus geben. Der Ausschluss von Möglichkeiten engt unnötig ein.
- Es darf nicht bei Papieren bleiben. Die Politik darf die Verantwortung nicht einfach an Kommissionen delegieren. Die Ergebnisse der Kommissionen müssen

in mutigen, kostensenkenden Strukturreformen münden, die zügig angegangen werden.

- Wir wollen das Arbeitszeitgesetz flexibilisieren: Zukünftig soll es eine **wöchentliche Höchstarbeitszeit** anstelle einer täglichen Höchstarbeitszeit geben. Die Vertrauensarbeitszeit bleibt ohne Zeiterfassung im Einklang mit der EU-Arbeitszeitrichtlinie möglich. Den Sozialpartnern und der betrieblichen Mitbestimmung kommt in diesem Prozess eine Schlüsselrolle zu.
- Wir wollen das **Statusfeststellungsverfahren** so reformieren, dass es Selbstständigen und ihren Auftraggebern nicht mehr im Weg steht, sondern ihre Innovationskraft entfesselt.

Wachstum „Made in Germany“ – mit sicherer und günstiger Energie!

Eine sichere Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen ist ein wesentlicher Standortfaktor für Unternehmen und Industrie.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat zum 1. Januar 2026 Wirtschaft und Verbraucher bei den **Energiekosten entlastet**:

- Die **Gasspeicherumlage** ist abgeschafft. Somit werden alle Verbraucher bei den Gaskosten entlastet.
- Die deutliche Reduzierung der **Netzentgelte** entlastet alle Unternehmen und privaten Haushalte.
- Die **Stromsteuer** sinkt für Unternehmen des produzierenden Gewerbes und der Land- und Forstwirtschaft dauerhaft auf das zulässige EU-Mindestniveau.
- Durch intensive Verhandlungen mit der EU-Kommission hat die Bundesregierung zur weiteren Entlastung der energieintensiven Industrie erreicht, dass die **Strompreiskompensation** von 11 auf 31 Sektoren ausgeweitet wurde. Zudem wird die Beihilfeintensität für bereits berechtigten Sektoren von 75 auf 80 Prozent erhöht.
- Für energieintensive Unternehmen, die von den bisherigen Vergünstigungen nicht hinreichend profitieren, wird ein **Industriestrompreis** eingeführt. Er gilt

ab dem Antragsjahr 2027 rückwirkend für 2026. Ein wichtiger Erfolg der Verhandlungen auf EU-Ebene ist, dass wir eine Kombinierbarkeit von Industriesstrompreis und Strompreiskompensation durchsetzen konnten. Das bedeutet, dass Unternehmen, die bereits eine Strompreiskompensation erhalten, für andere Stommengen des Unternehmens zusätzlich durch den Industriestrompreis entlastet werden können.

- Mit der **Kraftwerkstrategie** soll der Rahmen für Investitionen in moderne, hochflexible und klimafreundliche Kraftwerke geschaffen werden. Dazu muss insbesondere die beihilferechtliche Klärung mit der EU-Kommission zügig abgeschlossen werden. Neue Gaskraftwerke werden einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten. Zudem ist der Weg frei für die Speicherung von Kohlenstoff. So wird klimaneutrales und wettbewerbsfähiges Wirtschaften in Deutschland ermöglicht.

Unser Ziel sind **weitere Entlastungen bei den Energiekosten**:

- Ausgehend von den Schlussfolgerungen des Energiewendemonitorings wollen wir die Stromkosten weiter reduzieren. Dafür setzen wir u. a. auf einen effizienten und systemdienlichen Ausbau der Erneuerbaren Energien. Zudem werden wir z. B. besser und günstiger bauen und so alle Einsparpotenziale beim **Netzausbau** nutzen.
- Um die Energieinfrastruktur schneller und günstiger auszubauen, wollen wir **Planungs- und Genehmigungsverfahren** weiter beschleunigen und vereinfachen.
- Mit dem **Energieinfrastrukturfonds** unter dem Dach des Deutschlandfonds sollen attraktive Finanzierungs- und Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen werden, um Investitionen in Energienetze und Speicher zu ermöglichen. Gleichermaßen müssen bei diesen Investitionen und Beteiligungen an unserer kritischen Infrastruktur höchste Qualitäts- und Sicherheitsmaßstäbe angelegt werden.
- Die **Reduzierung der Stromsteuer für alle** soll schnellstmöglich kommen.

- Wir wollen die letzte Novelle des Gebäudeenergiegesetzes („**Heizungsgesetz**“) abschaffen.
- Wir wollen **Erneuerbare Energie** markt- und systemdienlich fördern sowie Netze, Erneuerbare Energie und dezentrale Flexibilität synchron ausbauen. Dazu evaluieren wir das 2-Prozent-Ziel und streben die Umstellung vom starken Windkraft-Flächenziel auf ein technologieoffenes Ertragsziel beim Erneuerbaren-Zubau an. Wir wollen den Ländern hierzu flexible Erprobungsräume in Abstimmung mit dem Bund eröffnen.
- Wir wollen **industrielle Prozesswärme und Energieträgerkopplung** als festen Bestandteil einer technologieoffenen Energiepolitik verankern. Denn Elektrifizierung allein reicht für viele industrielle Produktionsprozesse nicht aus. Deshalb müssen Gas, hybride Systeme, Kraft-Wärme-Kopplung, Speicherlösungen sowie perspektivisch klimaneutrale Moleküle gleichrangig berücksichtigt werden, um Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Investitionssicherheit für den industriellen Mittelstand zu gewährleisten.

Wachstum „Made in Germany“ – mit weniger Bürokratie und mehr Geschwindigkeit!

Ein attraktiver Wirtschaftsstandort bietet Unternehmen Chancen und legt ihnen keine Steine in den Weg. Unsere Unternehmen – insbesondere der Mittelstand – verdienen mehr Zutrauen anstatt Misstrauen. Damit sie in Deutschland mehr Freiräume für ihr Kerngeschäft haben, müssen wir Bürokratie deutlich reduzieren. Mehr Zeit für Investitionen und Innovationen und weniger für Papierkram muss unser Ziel sein.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat bereits den **Bürokratierückbau** begonnen. Damit wird Bürokratie für Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger sowie Verwaltung im Umfang von mehr als 3 Milliarden Euro abgebaut, Prozesse werden schneller, flexibler und digitaler:

- Mit dem Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung wurde der **Bau-Turbo** gezündet. Bauauflagen können von den Kommunen reduziert werden, sodass Wohnungen schneller gebaut werden können. Mit der Baugesetzbuch-Novelle werden weitere grundlegende Vereinfachungen und Beschleunigungen geschaffen.
- Der **Ausbau von Glasfaser- und Mobilfunknetzen** liegt ab sofort im überragenden öffentlichen Interesse. So wird der Netzausbau beschleunigt und Versorgungslücken werden geschlossen.
- Die Berichtspflichten im **nationalen Lieferkettengesetz** entfallen.
- **Bankenrichtlinienumsetzungs- und Bürokratieentlastungsgesetz (BRUBEG)** vereinfachen die Kreditvergabe vor allem für kleinere und mittlere Unternehmen.
- Mit der **Abschaffung der Stoffstrombilanzverordnung** werden landwirtschaftliche Betriebe entlastet.
- Mit der **Föderalen Modernisierungsagenda vom 4. Dezember 2025** wurde ein weiteres Maßnahmenpaket für Bürokratieentlastungen und einen modernen Staat auf den Weg gebracht. Es soll gemeinsam mit den Ländern zügig umgesetzt werden.

Unser Ziel ist, die **Bürokratiekosten für die Wirtschaft um 25 Prozent zu reduzieren** und den Erfüllungsaufwand für Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger sowie Verwaltung um mindestens zehn Milliarden Euro zu senken:

- Wir wollen die Erforderlichkeit aller **Berichts- und Auskunftspflichten** zulasten der Wirtschaft, allen voran des Mittelstands, kritisch überprüfen mit dem Ziel, mindestens ein Drittel dieser Pflichten abzuschaffen und so einen Beitrag zur Entlastung der Wirtschaft von Bürokratiekosten zu leisten.
- Die einzelnen Maßnahmen wollen wir in mindestens einem **Bürokratierückbaugesetz pro Jahr** bündeln.
- Wir möchten weg von der Berichtspflicht und hin zur **Nachweispflicht** bei punktuellen Kontrollen und somit die Selbstverantwortung von Unternehmen stärken.

- Wir wollen neue Gesetze mit **Praxischecks** auf Herz und Nieren prüfen. So vermeiden wir Bürokratie von vornherein.
- Wir wollen, dass alle Anträge und Behördengänge für Bürger und Unternehmen auf einer Plattform digital gebündelt werden (**One-Stop-Shop**).
- „**Once Only**“ wollen wir zur Regel machen. So sorgen wir dafür, dass Bürger und Unternehmen ihre Daten gegenüber dem Staat nur einmal angeben müssen.
- Offenheit schafft mehr Wettbewerb auch im digitalen Raum. Deshalb werden wir **offene Standards und offene Schnittstellen** in der öffentlichen Verwaltung vorantreiben.
- Wir wollen **Vorgaben zur Energieeffizienz** auf das EU-Mindestmaß zurückführen.
- Wir wollen **Genehmigungsverfahren** verkürzen und die **Möglichkeiten des Verbandsklagerechts** auf EU-Mindestmaß senken und sorgen zugleich für schnelle, rechtssichere Verfahren mit verbindlichen Fristen.
- Zudem wollen wir die **Bonpflicht** und **Verpflichtungen zur Bestellung von Betriebsbeauftragten** abschaffen.
- Wir wollen das **nationale Lieferkettengesetz** in seiner jetzigen Form abschaffen und durch eine bürokratiearme und vollzugsfreundliche Umsetzung der europäischen Lieferkettenrichtlinie ersetzen.
- Wir wollen ein **sofortiges Moratorium von mindestens zwei Jahren** für alle neuen Statistikpflichten erlassen. Zudem wollen wir zahlreiche bestehende Statistikpflichten aussetzen und nationale Übererfüllung von EU-Vorgaben beseitigen. Doppelstrukturen bei Statistikämtern müssen konsequent abgebaut werden.
- Wir wollen alle **manuell zu erfüllenden Statistikpflichten** aussetzen, bis sie digital erfüllt werden können.
- Wir wollen **unnötige Steuerbürokratie** abbauen und dabei die Ergebnisse der BMF-Expertenkommissionen berücksichtigen.
- Wir wollen vom Instrument der **Genehmigungsfiktion** mehr Gebrauch machen und dafür das bestehende Regel-Ausnahme-Verhältnis umkehren: Sofern

Fachrecht explizit nichts anderes regelt, soll eine Genehmigung nach Ablauf von drei Monaten ab Einreichung der vollständigen Unterlagen als erteilt gelten.

- Wir wollen die **elektronische Kommunikation** zwischen Bürgern und Verwaltung über Portale zum Standard machen.

Wachstum „Made in Germany“ – mit einem modernen Staat!

Zu einem wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort gehören auch eine moderne Verwaltung und ein leistungsfähiger Staat. Wir wollen einen Staat, der weniger als Lehrmeister und mehr als Dienstleister fungiert; einen Staat, der an den richtigen Stellen schlank und an den richtigen Stellen stark ist. Wir wollen den Staat einfacher, digitaler und erfolgreicher machen. Künstliche Intelligenz machen wir zum Produktivitätsmotor in Mittelstand und Verwaltung – für schnellere Verfahren, weniger Bürokratie und bessere Services. Dazu gehört auch, den Staatskonsum zu reduzieren.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat neben den bereits zuvor genannten Bürokratieentlastungen, die auch die Verwaltung entlasten und effizienter machen, weitere Maßnahmen für einen **modernen Staat** umgesetzt:

- Das neu gegründete **Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung** setzt ein klares Zeichen: Digitalisierung wird ernst genommen. Deutschland muss fit werden für die Zukunft.
- Die Anzahl der **Regierungsbeauftragten** wurde mit Regierungsantritt mehr als halbiert.
- Es wurde eine **Kommission zur Sozialstaatsreform** eingesetzt, die gemeinsam mit Ländern und Kommunen Vorschläge zur Modernisierung und Entbürokratisierung des Sozialstaats vorlegen soll.
- Mit der **internetbasierten Fahrzeugzulassung „i-Kfz“** können Bürgerinnen und Bürger ihr Fahrzeug online an-, ab- und ummelden. Das spart den Weg zur Zulassungsstelle und die Wartezeit vor Ort. Zudem wurde der Digitale Fahrzeugschein eingeführt.

Unser Ziel ist, den Staat in vielen wichtigen Bereichen effizienter aufzustellen:

- Wir wollen die **Vorschläge der Kommission zur Sozialstaatsreform** schnellstens umsetzen.
- Nicht jede Aufgabe muss der Staat regeln, wir brauchen eine **umfassende Staatsinventur** noch im Jahr 2026. Wir wollen **Ausgaben des Bundes stärker priorisieren**, Ausgaben prüfen und vor allem **ineffiziente Subventionen** abbauen. Denn ohne eine Priorisierung der öffentlichen Ausgaben werden wir unsere Vorhaben nicht finanzieren können.
- Wir wollen die **Vergabe öffentlicher Aufträge** beschleunigen.
- Ein leistungs- und handlungsfähiger Staat muss auch zahlungsfähig sein. Die **Schuldenbremse** hat die Handlungsfähigkeit des Staates über Jahre gesichert. Wir werden an einer Rückkehr zu dauerhaft soliden Staatsfinanzen festhalten und die Schuldenbremse beibehalten. Die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und die Stabilität der Gemeinschaftswährung darf nicht gefährdet werden.

Wachstum „Made in Germany“ – mit mehr Freiräumen für neue Ideen!

Deutschland gehört zu den führenden Innovationstreibern weltweit – dank eines breiten Mittelstands mit Hidden Champions an der Spitze. Sie alle stehen für Qualität und Langlebigkeit „Made in Germany“. Allerdings haben sich die Innovationszyklen deutlich verkürzt. Deshalb brauchen wir eine Kultur, die den Gründergeist der Forscher und Unternehmer neu entzündet, anstatt ihn mit Regulierung zu ersticken. Damit Deutschland Innovationsland bleibt, müssen Forscher- und Unternehmergeist sowie Gründermut gestärkt werden.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat zur Förderung von Gründungen und Innovationen bereits einige Maßnahmen umgesetzt:

- Die steuerliche **Forschungszulage** wurde deutlich ausgeweitet.
- Die **Hightech-Agenda Deutschland** richtet den Fokus auf die Zukunftsmärkte. Strategische Schlüsseltechnologien werden stärker gefördert.

- Der verbesserte **Zukunftsfo**nd stört den Markt für Wagniskapital durch Investitionen in innovative Technologie-Startups in ihrer Wachstumsphase.
- Die **Vergabeverfahren** wurden vereinfacht, bspw. für Liefer- und Dienstleistungsaufträge für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen.
- Das **Wissenschaftsfreiheitsgesetz** wird flexibilisiert, so dass künftig auch sonstige gemeinnützige Forschungseinrichtungen vom Besserstellungsverbot ausgenommen sind. Damit erhalten sie die Möglichkeit, internationale wissenschaftliche Spitzenkrfe anzuwerben und bertariflich zu vergüten.

Unser Ziel ist, die **Innovationskraft Deutschlands zu stören**, technologische Souvernt zu erlangen und unsere internationale Wettbewerbsfigkeit zu sichern. Dafür stören wir den Investitionsstandort Deutschland und verbessern das Investitions- und Gründungsklima. Wir stellen sicher, dass die Investitionsbedingungen in Deutschland für Fonds und private Investoren attraktiv und wettbewerbsfig sind:

- Wir wollen **Grnderschutzzonen** einrichten, um Gründerinnen und Gründer in der Startphase von Bürokratie zu befreien. Notarielle Prozesse bei Standardgrndungen müssen digitalisiert und so vereinfacht werden, dass **Gründungen in 24 Stunden** gelingen. Dafür wollen wir mit einem echten Startup-Hafen mehr Lust auf Unternehmertum machen und Gründungen schnell und unbürokratisch umsetzen.
- Mit dem **Innovationsfreiheitsgesetz** wollen wir bürokratische Hürden in der Forschungsförderung umfassend abbauen und innovationsfreundlichere Strukturen schaffen. Damit soll der Verwaltungsaufwand in der Forschung deutlich reduziert und neuen Ideen mehr Freiraum gegeben werden.
- Für mehr **Ausgründungen aus Wissenschaftseinrichtungen** sollen Forscherinnen und Forscher, die ihre Diensterfndungen in ein Grndungsprojekt überführen wollen, die Nutzungsrechte an ihnen behalten. Auch Musterverträge für Kooperationen mit Start-ups sowie kleinen und mittleren Unternehmen erleichtern das Gröden.

- Wir wollen die **steuerliche Forschungszulage** weiter erhöhen. Um das Verfahren zu vereinfachen, wollen wir Einzelfallprüfungen durch ein **Fast-Track-Verfahren** für bereits geprüfte Unternehmen ersetzen. Wir wollen zudem, dass die Prüfung der steuerlichen Förderung von Zuwendungen für Forschung schnell erfolgt.
- Mit einem **Innovationsprivileg** wollen wir Forschungsprojekten grundsätzlich Vorfahrt vor Belangen des Natur-, Tier- und Denkmalschutzes geben. Zudem wollen wir – anknüpfend an das von der Bundesregierung bereits vorgelegte Reallaboregesetz – **Experimentierräume** schaffen, die es Forschungseinrichtungen und Unternehmen ermöglichen, bürokratiearm innovative Technologien, Produkte und Dienstleistungen zu erproben.
- Im Wissenschaftsfreiheitsgesetz wollen wir verankern, dass Forscherinnen und Forscher nicht von **Verteidigungsforschung oder Forschung mit doppeltem Verwendungszweck** ausgeschlossen werden dürfen. Wir fordern die wenigen verbliebenen Länder auf, in Hochschulgesetzen verankerte **Zivilklauseln** zu streichen. Angesichts zunehmender Bedrohungen müssen Synergien zwischen militärischer und ziviler Forschung genutzt werden können.
- Im Sinne der Technologieoffenheit wollen wir die **Kernfusion** stärker voranbringen. Wir wollen nicht nur die Forschung stärken, sondern auch den ersten Fusionsreaktor der Welt bei uns in Deutschland entstehen lassen. Es ist wichtig, dass wir technologieoffen forschen und Deutschland so langfristig alle Optionen für eine sichere, nachhaltige und kostengünstige Energieversorgung ermöglichen.
- Zugleich stärken wir **Schlüsseltechnologien** für industrielle Wertschöpfung – insbesondere Batterie-, Speicher- und Wasserstofftechnologien sowie industrielle Digitalisierung.

Wachstum „Made in Germany“ – mit starkem EU-Binnenmarkt und freiem Handel!

Europa ist unser Heimatmarkt. Für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands und Europas sind die vier Freiheiten des EU-Binnenmarkts elementar: für Arbeitnehmer, Güter, Dienstleistungen und Kapital. Der EU-Binnenmarkt muss wieder Wachstum ermöglichen, anstatt es durch Bürokratie zu behindern. Das bedeutet: Barrieren abbauen und Zusammenarbeit vertiefen. Da knapp die Hälfte aller deutschen Exporte in Nicht-EU-Staaten geht, sind gute Handelsbeziehungen mit möglichst vielen Staaten weltweit für uns besonders wichtig. Eine regelbasierte und strategisch ausgerichtete Handelspolitik stärkt somit nicht nur die wirtschaftliche Resilienz Deutschlands und Europas; sie kann zudem Abhängigkeit reduzieren und eröffnet unseren Unternehmen neue Chancen auf neuen Märkten.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat hierzu bereits einige Maßnahmen auf den Weg gebracht:

- Es wurde eine **deutliche Abschwächung der Nachhaltigkeitsberichterstattung und der Lieferkettenrichtlinie im Omnibus-I-Paket** erzielt.
- Auf Drängen des Bundeskanzlers wurde das **Omnibus-Paket zu den Digital- und Datengesetzen** von der EU-Kommission auf den Weg gebracht. Es soll Belastungen für die Wirtschaft abbauen.
- Das **Freihandelsabkommen mit MERCOSUR** ist endlich unterzeichnet. **Wirtschaftspartnerschaftsabkommen** mit Elfenbeinküste, Ghana, den Staaten der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrikas und Zentralafrika sowie **Investitionsschutzabkommen** mit Vietnam und Singapur wurden ratifiziert.
- Zudem wurde das **fortgeschrittene Rahmenabkommen der EU mit Chile** ratifiziert.
- Das **Verbrenner-Verbot** muss abgeschafft werden. Die CDU-geführte Bundesregierung setzt sich bei der Europäischen Kommission dafür ein, dass auch nach 2035 hocheffiziente Verbrenner-Motoren verkauft werden können. Die

Etablierung und der Hochlauf nicht-fossiler Kraftstoffe sollen die klimafreundliche Zukunft aller Verbrenner sicherstellen. Auch bei der Flottenregulierung muss es eine Kurskorrektur geben. Eine Elektrifizierung der Fahrzeugflotten begrüßen wir grundsätzlich. Quoten bei der Flottenregulierung lehnen wir ab. Für die E-Mobilität muss die Ladeinfrastruktur angemessen ausgebaut werden. Das sind wichtige Signale für die Automobilindustrie, die vielen Zulieferbetriebe und ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Unser Ziel ist, die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu stärken sowie die **Wachstumskraft des europäischen Binnenmarkts und des Freihandels** besser auszuschöpfen:

- Wir wollen die bestehende Regulierung aus Brüssel massiv zurückbauen und künftige Überregulierung verhindern. Dazu braucht es einen **sofortigen und weitgehenden Stopp für neue und laufende EU-Initiativen**, die zu Belastungen der europäischen Wirtschaft führen, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen.
- Mit einem „**Anti-Gold-Plating-Gesetz**“ wollen wir Regelungen zurücknehmen, die über europäisches Recht hinausgehen. Wir wollen eine starke Bürokratiebremse („**One in, two out**“) in Europa durchsetzen. Bestehende Berichtspflichten werden spürbar reduziert und an wenigen, klaren Kernnachweisen ausgerichtet.
- Die **Europäische Kommission** hat, unterstützt vom Parlament, bereits einen klaren Kurs der Entbürokratisierung eingeleitet. Ziel ist eine Kostenreduktion um 25 Prozent. Wir begrüßen diesen Kurs und unterstützen ihn ausdrücklich.
- Wir wollen die **Freihandelsabkommen mit Indien, Malaysia, Indonesien, Thailand, Australien, Mexiko, den Philippinen sowie den Vereinigten Arabischen Emiraten** endlich abschließen und transatlantische Handelsbeziehungen stärken. Wir setzen uns für eine engere Zusammenarbeit zwischen der EU und der pazifischen CPTPP-Handelszone ein. In der Umsetzung der Freihandelsabkommen muss besondere Rücksicht auf faire Handelsbeziehungen und erforderliche Standards gelegt werden. Neue Freihandelsabkommen sollten nicht

mit sachfremden Themen wie Umwelt- und Sozialstandards überfrachtet und verstärkt als „EU only“-Abkommen verabschiedet werden.

- Wir wollen mit den EU-Partnern gemeinsam weltweit **strategische Rohstoffpartnerschaften** eingehen, um die Resilienz unserer Wirtschaft zu stärken. Zur Stärkung unserer Lieferketten wollen wir eine Bündelung der Investitionen in strategische Rohstoffprojekte im Rahmen einer **europäischen Rohstoffgesellschaft** vorantreiben. Bestehende Abhängigkeiten bei kritischen Rohstoffen wollen wir im Einklang mit den Empfehlungen der neu eingesetzten Bundestagskommission zur Überprüfung der Wirtschaftsbeziehungen zu China zügig abbauen.
- Wir wollen einen **Fonds für Zivilschutz** in der Wirtschaft auflegen, der Risiken durch hybride Bedrohungen adressieren soll.
- Wir wollen die EU als **Energieunion** mit Fokus auf Entwicklung und Genehmigung gemeinsamer, grenzüberschreitender Energienetze stärken. Hierbei soll es neben einer stärkeren Vernetzung nationaler Energiemarkte um den Hochlauf von Wasserstoff und weiteren Molekülen sowie die Erschließung von Energiepartnerschaften mit Drittländern gehen.
- Wir wollen europäische Leitmärkte für **Grünen Stahl** etablieren und dafür Grünen Stahl als Gutschrift in der CO2-Bilanz berücksichtigen.
- Wir setzen uns für einen **souveränen europäischen digitalen Binnenmarkt** mit einheitlichen Regeln für Unternehmen ein.
- Wir unterstützen den Vorschlag der EU-Kommission, ein sogenanntes **28. Regime im Unternehmensrecht** einzuführen, damit insbesondere innovative Unternehmen von den Potenzialen des europäischen Binnenmarkts stärker profitieren. Sie brauchen Entlastungen von Verpflichtungen im Steuer- und Insolvenzrecht. Dabei dürfen nationale Regelungen zur Unternehmensmitbestimmung nicht unterminiert werden.
- Die Zukunft der deutschen Wirtschaft ist unmittelbar mit der Wettbewerbsfähigkeit Europas verbunden. Daher hat Bundeskanzler Friedrich Merz gemeinsam mit anderen Staats- und Regierungschefs auf einen Sondergipfel der EU

zur Wettbewerbsfähigkeit gedrungen, der nun im Februar 2026 stattfinden wird. Wir verbinden mit diesem Sondergipfel die Chance, für die Entfesselung der Märkte auch durch eine **Kapitalmarktunion** zu sorgen, damit der größte Binnenmarkt der Welt endlich auch für den größten zusammenhängenden und einheitlichen Kapitalmarkt steht. Dazu unterstützen wir vor allem die Verbesserung des Verbriefungsmarktes, die Harmonisierung der Kapitalmarktaufsicht und die Schaffung einer Europäischen Kapitalmarktinfrastruktur.

- Wir wollen einen **EU-Binnenmarkt für Verteidigungsgüter** mit gemeinsamen Exportregeln. Es gilt, das sicherheitspolitisch zwingend Notwendige auch als einen wirtschaftlichen Impuls für Europa und Deutschland zu nutzen.

Wachstum „Made in Germany“: Es macht einen Unterschied, wenn die CDU regiert!

Wer auf die wirtschaftliche Lage schaut, in der sich unser Land befindet, erkennt: Der politische Handlungsdruck ist enorm. Es braucht weitere Reformen für mehr Innovationen und Investitionen, damit unsere Wirtschaft wieder stärker wächst, ihre Wettbewerbsfähigkeit zurückgewinnt und Arbeitsplätze entstehen.

Unsere Gestaltungskraft in der Welt steht und fällt mit der wirtschaftlichen Stärke Deutschlands. Wir können unsere Interessen nur mit ihr glaubwürdig und erfolgreich vertreten. Und diese Fähigkeit ist angesichts der Verschiebung der Machtzentren auf der Welt, die wir gerade erleben, wichtiger denn je. Mit den Reformen wollen wir die Basis für den wirtschaftlichen Aufschwung schaffen. Wir wollen die Soziale Marktwirtschaft zukunftsorientiert machen. Wir wollen Leistungsgerechtigkeit, innovative Ideen, unternehmerisches Risiko und soziale Absicherung noch besser miteinander verknüpfen. Ja, der Handlungsdruck ist groß – wir müssen handeln, um unseren Wohlstand und unser Gesellschaftsmodell zu bewahren.

Wir wollen, dass 2026 ein Aufschwungs- und Wachstumsjahr wird, dem weitere erfolgreiche Jahre folgen. Es liegt noch ein langer Weg vor uns. Aber wenn wir alle mit Mut und Zuversicht die Aufgaben angehen, die uns gestellt werden, werden

wir dauerhaft wirtschaftliche Erfolge feiern können. Unser Land muss sehen: Es macht einen Unterschied, wenn die CDU regiert.